
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen gemeinsam mit dem Haupt- und Personalausschuss zum Haushalt 2022 am 10.11.2021

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:40 Uhr
Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862 Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister und Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses, Dr. Robert Reck und der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses, Herr Stadtrat Weber** begrüßen die Ausschussmitglieder und Gäste beider Ausschüsse zur gemeinsamen Sitzung zum Haushaltsplan 2022.

Gegen die Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung werden sowohl seitens des Haupt- und Personalausschusses als auch des Finanzausschusses keine Einwendungen vorgebracht. Für den Haupt- und Personalausschuss wird die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern und für den Finanzausschuss mit ebenfalls 9 anwesenden Ausschussmitgliedern festgestellt.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur vorliegenden Tagesordnung werden keine Einwendungen und/oder Änderungs- und/oder Ergänzungsanträge vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzenden** stellen die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Finanzausschuss: 9/0/0

Haupt- und Personalausschuss: 9/0/0

3 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde werden beide Ausschüsse betreffend keine Anfragen vorgebracht.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

16:35 Uhr – Herr Schöнемann erscheint.

Der Haupt- und Personalausschuss ist mit 10 anwesenden Ausschussmitgliedern beschlussfähig.

Es werden keine Anfragen und/oder Informationen vorgebracht.

5 Beschlussfassungen

5.1 Haushaltssatzung 2022, Haushaltsplan 2022, Stellenplan 2022 Vorlage: BV/404/2021/II-20

Die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.2 werden gemeinsam beraten.

Das Wort wird an **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** für weitere inhaltliche Ausführungen übergeben.

Frau Nußbeck führt aus, dass der Haushaltsplanentwurf in den einzelnen Teilen in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werde. Für die Personalkosten sei der Haupt- und Personalausschuss zuständig und der Bereich IT sei sachlich nicht zugeordnet. Diese beiden Bereiche wolle sie in der heutigen gemeinsamen Sitzung vorstellen.

Es folgen zu Beginn Erläuterungen zum Bereich Personal/Personalkosten. **Frau Nußbeck** erläutert diesen Bereich anhand einer Power Point Präsentation. Nachfolgend sind Anfragen und deren Beantwortung protokolliert.

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** zur Stelle „Pädagogischer Mitarbeiter Tierpark“ führt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** aus, dass diese Stelle im Stellenplan enthalten sei.

Herr Stadtrat Schöнемann führt aus, dass er seit seiner Zeit als Vorsitzender des Kulturausschusses wahrgenommen habe, dass das Kulturamt in seiner Leistungsfähigkeit und Außenwirkung aufgrund der personellen Situation herabgesetzt sei. Er bittet zu prüfen, inwieweit eine Strukturuntersuchung durchgeführt werden könne, um das Kulturamt personell, inhaltlich und fachlich zu stärken.

Im Weiteren auf den Strategiebereich des Oberbürgermeisters eingehend erfragt er vor dem Hintergrund komplexer Themen wie Digitalisierung u. a. m., welche Rolle dabei der Strategiebereich spiele.

Herr Oberbürgermeister Dr. Robert Reck greift die Anfrage auf und erläutert, dass die Stelle „Strategische Stadtentwicklung“ momentan personell besetzt sei. Derzeit befinde sich in der Verwaltung eine Demografiestrategievorlage im Umlauf.

Er denke, dass bei den strategischen Aufgaben an dieser Stelle große Unterstützung geleistet werde. Für Themen wie „Digitalisierungsstrategie“ sei man seiner Meinung nach momentan nur bedingt aufgestellt. Die Frage sei, welchem Bereich solche Dinge zugeordnet sein sollten. Möglicherweise seien diese in den Fachbereichen, die diese Thematik als Schwerpunktaufgabe wahrnehmen anzusiedeln. Das sei aber offen. Die große Frage, die sich in diesem Zusammenhang dann auch immer stelle sei die Umsetzung, **so Herr Dr. Reck**. Hier komme man ziemlich schnell in Aufgaben, in denen es Managementfähigkeiten/Managementkompetenzen also Projektmanagementfähigkeiten brauche. Insofern werden sicher alle Fachbereiche bestätigen, dass man an dieser Stelle, also bei der Projektumsetzung, Projektmanagement dann entsprechende Mitarbeiter/-innen brauche, die hier mit unterstützen können.

Bezüglich der Bitte um Durchführung einer Strukturuntersuchung des Kulturamtes erklärt **Herr Dr. Reck**, dass das Amt sämtliche Kultureinrichtungen der Stadt umfasse. Die hier möglicherweise nicht besetzten Stellen stellen insofern den Bereich des Kulturamtes dar, der nicht Sport und nicht Theater darstelle.

Während der vielen Jahren der Haushaltskonsolidierung mit der Umsetzung von kw-Vermerken wurden nie wirkliche Konzepte ... auch Personalkonzepte erarbeitet. Man sei an diesem Thema dran, beispielsweise die Bibliothek und der Museumsbereich. Im Bereich Verwaltung des Kulturamtes habe man in der Vergangenheit besondere Spitzen durch Projektmitarbeiter/-innen 'abgefangen' (z. B. Bauhausjubiläum). Er glaube, dass es im Kulturbereich auch wichtig sei, dass man den Mitarbeiter/-innen auch entsprechende Sachkosten an die Hand gebe, mit denen man sich durchaus auch einmal externe Expertise einkaufen könne. Abschließend erklärt **Herr Dr. Reck**, dass man sich dieser Problematik stellen werde. Auf Nachfrage von Herrn **Stadtrat Schönemann** erklärt **Herr Dr. Reck**, dass er diese Bitte gern als Prüfauftrag verstanden wissen dürfe. Er betont dabei, dass man im ersten Schritt schauen sollte, wie das 'Kernamt' aufgestellt sei.

Frau Stadträtin Koschig nimmt Bezug auf den Beschluss zur Umwandlung des/der ehrenamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in ein Hauptamt und erfragt den diesbezüglichen Arbeitsstand und ob dies in den Stellenplan mit eingeflossen sei.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck verneint die Frage und erklärt, dass in den Stellenplan nur eine Stelle aufgenommen werden könne, wenn die Bewertung und Bemessung klar sei. Beides liege noch nicht vor. Der Auftrag wurde an die Verwaltung erteilt. Diese werde eine entsprechende Stellenbeschreibung erarbeiten. Danach erfolge die Bewertung und Bemessung. Frühestens danach könne die Stelle in den Stellenplan einfließen. Die Veränderung einzelner Stellen können aber auch unterjährig vollzogen werden, so **Frau Nußbeck**. Problematisch sei die Rechtslage an sich, denn in der Hauptsatzung sei festgeschrieben, dass der Kinder- und Jugendbeauftragte ehrenamtlich sei. Insofern müsste die Hauptsatzung angepasst werden.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen zum Thema Personal/Personalkosten werden nicht vorgebracht.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck fährt mit Ausführungen zum IT-Bereich fort. Die Ausführungen erfolgen anhand einer Power Point Präsentation.

Bezüglich der Ausführungen zur Struktur und der Schwierigkeit nachzubesetzender Stellen betont der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses**, dass der Stadtrat hinter der Verwaltung stehe, wenn sie sich diesbezüglich Hilfe von außen holen wolle.

Herr Stadtrat Schöнемann führt aus, dass dies seines Erachtens nach ein generelles Problem sein werde, sich im Wettbewerb am Markt zu behaupten. Man sei gut beraten, wenn man sich über die eine oder andere Stelle verständige, wie sie am Markt zu bewerten und zeitgemäß aufzustellen sei. Es nütze nichts, sich an Tarifen zu orientieren, die eine Verwaltung nicht arbeitsfähig gestalte. Insofern müsse man sich hierüber ein paar Gedanken mehr machen. Diese Bitte habe er dringend, da man nicht darauf warten könne, bis andere der Stadt etwas Gutes tun. Hier sei man selbst gefordert.

Der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses** ergänzt, dass im Finanzausschuss schon des Öfteren angesprochen wurde, dass die Verwaltung in die Stellenobergrenzenverordnung des Landes eingebunden sei.

Aus diesem Grund wies er darauf hin, dann man für den Fall, dass man nicht weiterkomme, ggf. als Stadtrat der Verwaltung gestatten müssen, Mittel zur Verfügung zu stellen, erforderlichen Sachverstand am Markt einzukaufen.

Der **Oberbürgermeister Herr Dr. Robert Reck** erklärt, dass man zum einen die Organisationsform des IT-Bereiches noch einmal betrachten könne, auch das Thema Unterstützung durch Externe, aber es sei in der heutigen Zeit nicht unbedingt nur das Argument der Vergütung das einzige Argument, sondern auch das Argument der Arbeitsplatzqualität. Dies sei seiner Meinung nach für alle Kommunalverwaltungen die große Herausforderung, mit den verfügbaren Mitteln auch eine Arbeitsatmosphäre zu schaffen, die sich Menschen am Arbeitsplatz heute wünschen. Daher sei dies nach seinem Dafürhalten auch hier die Herausforderung, vor der die Verwaltung stehe, dass man hier im Wettbewerb mit den räumlichen Rahmenbedingungen und den Ausstattungen bestehen zu können.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck stellt dieses Thema an dieser Stelle in den gesellschaftlichen Kontext. Bekanntlich qualifizieren sich die Arbeitsplätze immer weiter, d. h. die Herausforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter/-innen werden immer höher. Der Anteil an Aufgaben, die insbesondere einen Hochschulabschluss voraussetzen werde immer größer. Dies bedeute, dass der Anteil der Stellen mit niedrigeren Anforderungen abnehme. Gleichzeitig nehme aber nicht die Quote der Abiturienten oder Studenten insgesamt zu. Diese Quote sei stabil und das Ganze vor dem Hintergrund, dass dem Arbeitsmarkt jedes Jahr 200 000 Menschen fehlen, bedingt durch das Geburtendefizit. Dies, so **Frau Nußbeck**, seien die Rahmenbedingungen, in welchen man sich bewege.

Hinzu komme die Konkurrenz mit der Wirtschaft, die natürlich erheblich flexibler sei, als eine öffentliche Verwaltung dies jemals sein könne. Außertarifliche Bezahlungen seien nach dem KVG LSA an bestimmte Bedingungen gebunden, d. h. wenn damit Stellen eingespart werden. Der Stadtrat müsse darüber dann einen Beschluss fassen und die Genehmigung müsse durch das Innenministerium erfolgen. Vereinzelt habe die Verwaltung schon solche Anträge gestellt. Die Genehmigungen erfolgten hier nicht vor Ablauf von 2 Jahren. Damit wolle Sie zum Ausdruck bringen, so **Frau Nußbeck**, dass diese Dinge nicht wirklich helfen. Öffentliche Verwaltungen haben in der Tat relativ starre Vergütungssysteme mit wenigen Spielräumen. In einigen Fällen könne man befristete Zulagen zahlen. All diese Instrumente tragen nicht zur Entspannung dieser Situation bei. Dazu kommen die bereits erwähnten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Herr Stadtrat Adamek führt aus, dass eben genau aus den genannten Gründen seine Fraktion eine Beschlussvorlage vorlegen werde. Diese sehe vor, dass in der Kommune und innerhalb der Kommunalen Familie mit dem Dualen Studium begonnen werde. Dies mache in der heutigen Zeit absolut Sinn, so **Herr Adamek**. Dies werde als Prüfauftrag formuliert mit der Bitte um Analyse der Personalstruktur. Er sehe den Vorteil in einem Dualen Studium, dass man den Studenten arbeitsvertraglich für einen gewissen Zeitraum binden könne, woraus sich möglicherweise ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis entwickle. So wären seiner Meinung nach Personalprobleme zukunftsorientiert zu lösen.

Herr Stadtrat Schönemann ergänzt, dass Arbeitszeitmodelle zunehmend Bedeutung bekommen. Es sei festzustellen, dass junge Leute eher nach einer Work-Life-Balance streben. Die Bemessung der Freizeit erfolge nach den Einkommensverhältnissen. Er erfragt, ob dies in der Verwaltung bereits eine Rolle spiele.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass es einen erheblichen Anteil an Mitarbeitern in Teilzeit aufgrund persönlicher Wünsche gebe. Nach dem Teilzeitbefristungsgesetz ist dem Antrag zu entsprechen, wenn keine dienstlichen Gründe entgegenstehen. Im Weiteren habe die Verwaltung eine flexible Arbeitszeit und innerhalb der Kernverwaltung, d. h. da wo es keine Dienstpläne gebe und/oder Sprechstunden abzusichern seien, keine Kernarbeitszeit.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt im Weiteren zur Planung für die Beschaffung von Hard- und Software aus.

Auf die Nachfrage von **Frau Stadträtin Ehlert** zur Vereinheitlichung der Software für die Schuldnerberatungsstellen erklärt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, dass diese Software in diesem Jahr angeschafft wurde und genutzt werde.

Herr Stadtrat Fackiner erfragt den aktuellen Stand der Digitalisierung der Angebote der Stadt. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** verweist darauf, dass der krankheitsbedingt abwesende Referatsleiter IT, Herr Barthel umfassend in diesem Thema stecke und es sei geplant, dass auch die Stadträte darüber informiert werden, wo die Ver-

waltung hier stehe und was noch vor ihr liege. Im ersten Schritt sei eine Informationsveranstaltung für die Führungskräfte der Verwaltung in Vorbereitung. Im nächsten Schritt würde Herr Barthel die Stadträte diesbezüglich informieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Robert Reck ergänzt unter Hinweis auf die Umsetzungsdeadline OZG 2022, dass seiner Meinung nach dieses zeitliche Ziel nicht zu schaffen sei. Dies sei auch ein Thema, welches nicht unbedingt auf kommunaler Ebene gelöst werden könne. Man stelle sich natürlich diesen Aufgaben, jedoch müssen Bund und Länder hier für eine Vereinheitlichung und mehr mit Zurverfügungstellungen sorgen, um so die Kommunen zu entlasten.

Herr Stadtrat Picek nimmt Bezug auf die im Haushalt abgebildeten Mittel für PC-Arbeitsplätze i. H. v. 110 TEUR für Investitionen. Er erfragt, wie viel PC-Arbeitsplätze mit diesen Mitteln erneuert werden sollen. Seiner Schätzung nach können dies nicht mehr als 110 PC-Arbeitsplätze sein und er erfragt, ob hier nicht versucht werden sollte, den Rückstand schneller aufzuholen.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass es sich hierbei um die kapazitive Grenze handele, d. h. dass im Jahr nicht mehr als diese Anzahl an PC-Arbeitsplätzen mit dem vorhandenen Personal im IT-Bereich eingerichtet werden können.

Herr Stadtrat Ratzmann greift die Frage der IT-Sicherheit auf und erfragt, ob die Stadt hier ausreichend aufgestellt sei.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass an der Investitionsliste deutlich abzulesen sei, dass in dieses Thema ganz viel investiert werde. Eine 100 %ige Sicherheit gebe es nicht. Ständig sei die Verwaltung Angriffen von außen ausgesetzt.

Die Mitarbeiter/-innen werden ständig sensibilisiert, unklare Absendermails sofort zu löschen. Jedoch sei die Art und Weise sogenannter Phishingmails bereits so ausgefeilt, dass ein Eindringen in die Verwaltung nicht zu 100 % ausgeschlossen werden könne.

Herr Stadtrat Fackiner nimmt Bezug auf das Thema Qualifizierung, Weiterbildung des Personals und erfragt, was diesbezüglich vorgesehen sei.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass die Stadt eine erhebliche Kostenposition für Aus- und Weiterbildung im Haushalt vorhalte (über 300 TEUR). Diese Mittel seien Corona bedingt im letzten und diesen Jahr nicht in vollem Umfang abgeflossen. An dieser Stelle werde die Verwaltung auch zukünftig nicht sparen.

Herr Stadtrat Fackiner stellt im Anschluss noch eine konkrete Nachfrage zum Haushaltsplanentwurf 2022, hier zum Programm kino. Die hier im Haushaltsplanentwurf abgebildeten Mittel entsprechen seiner Meinung nach nicht der Beschlusslage. Da es diesbezüglich eine positive Entwicklung gebe erwarte er, dass sich diese Position entsprechend der ursprünglichen Beschlusslage wieder bei 30 TEUR einfinde.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck erklärt, dass die Verwaltung das in den Haushalt aufgenommen habe, was durch das Fachamt angemeldet wurde. Sie werde die Anfrage zur Beantwortung mitnehmen.

Der **Ausschussvorsitzende des Finanzausschusses** führt abschließend aus, dass ihm bekannt sei, dass die Fraktion Die Linke wieder eine mehrere Punkte umfassende Antragsliste vorbereitet habe. Seines Wissens nach handele es sich hier zum großen Teil um nicht erfüllte Anträge der letzten Jahre. Seine eigene Fraktion habe auch einige Anträge in Vorbereitung. Er rufe an dieser Stelle alle Fraktionen dazu auf, sehr zeitnah schriftlich begründete Anträge, so diese vorhanden seien, an die Verwaltung zuzureichen. **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** bedankt sich für diesen Hinweis und bittet um zeitnahe Zureichung, damit die Verwaltung den Ausschüssen eine Übersicht vorlegen könne, die bereits durch die Verwaltung geprüft wurde.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

5.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2022 und Folgejahre **Vorlage: BV/405/2021/II-20**

Frau Stadträtin Ehlert nimmt Bezug auf die Haushaltskonsolidierung und erfragt die Thematik „Schulsozialarbeit“.

Frau Bürgermeisterin Nußbeck führt aus, dass es mehr Stellen „Schulsozialarbeit“ gebe, als gefördert werden. Aus diesem Grund sei dies noch Bestandteil der Haushaltskonsolidierung. Es sei noch keine Entscheidung darüber getroffen worden, wie mit diesen Stellen umgegangen werden solle.

Weitere Anfragen und/oder Wortmeldungen werden nicht vorgebracht.

Die **Ausschussvorsitzenden** stellen die Nichtöffentlichkeit her.

7 Schließung der Sitzung

Die gemeinsame Sitzung wird um 17:40 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 19.01.22

Hendrik Weber
Vorsitzender Ausschuss für Finanzen

Düring
Schriftführerin